

Potsdam, d. 19.10.2023

TOP 3: Gesetz zur Zahlung einer Sonderabgabe für Photovoltaik-Freiflächenanlagen an Gemeinden (Photovoltaik-Freiflächenanlagen-Abgabengesetz - BbgPVAbgG)

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 7/8540](#)

vom 04.10.2023

Rede der Sprecherin für ländliche Entwicklung, Regionalplanung und Raumordnung der Linksfraktion, Anke Schwarzenberg.

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

Neben dem Windenergieabgabengesetz soll jetzt auch ein Gesetz für eine Sonderabgabe von FPV auf den Weg gebracht werden.

Wir sind sehr erfreut, dass sie nun endlich unseren Vorschlag für einen Solareuro aufgegriffen haben und uns heute diesen Gesetzentwurf vorlegen.

Wir finden -

der Gesetzentwurf geht in die richtige Richtung – aber so wie hier vorgelegt wurde – können wir diesem GE nicht zustimmen:

Ich will das auch begründen:

Erste Anmerkung:

Damit wir auch richtig verstanden werden, wir wollen und brauchen den Ausbau der EEG, wenn wir aus der fossilen Energiegewinnung aussteigen wollen.

Daran gibt es bei uns keinen Zweifel.

Wir wollen aber auch, dass dieser Ausbau –

- nicht den Marktgesetzen allein überlassen wird.

Deshalb brauchen wir eine gewisse Landessteuerung für den Ausbau von FPV, ohne dabei den Kommunen die Entscheidungshoheit zu nehmen –

- aber das haben sie bisher vehement abgelehnt.

Und jetzt - setzen sie dem noch einen drauf, indem sie die Sonderabgabe undifferenziert für jede Flächengröße zahlen wollen.

Und - Das wollen wir nichthier braucht es eine Staffelung – eine Staffelung nach Flächengrößen!

Denn - Was glauben sie eigentlich, was da passiert?

Den Vorteil haben große Unternehmen mit Plänen für riesengroße Flächen.

Kleine Unternehmen, werden sich das nicht leisten können, denn die Frage der Wirtschaftlichkeit spielt dabei eine große Rolle.

Unser Anliegen war und ist es immer gewesen – Dächer haben Vorrang vor PV auf Freiflächen und wir wollen nur so viel Freifläche für PV- Anlagen in Anspruch zu nehmen,

wie nötig und nicht so viel wie möglich.

Sie schaffen mit diesem Gesetz einen Anreiz

für große und noch größere FPV.

Zweite Anmerkung:

Im vorliegenden Gesetzentwurf, werden alle zu einer Sonderabgabe aufgefordert.

Weder für Bürgergenossenschaften noch für Bürgerenergiegesellschaften, aber auch nicht für die Kommunen selbst sind Ausnahmeregelungen vorgesehen.

Man kann nur Schlussfolgern, dass Energie in Bürgerhand von ihnen nicht gewollt ist.

Ehrlich gesagt dachte ich bisher – diese Auffassung hat nur die CDU!

Denn bei einen Antrag von uns – zu mehr Beteiligung beim Ausbau von EEG hier im Juni-in diesem Plenum

Äußerte Frau Ludwig – dass,

die Errichtung von eigenen Wind- und Solarparks durch die Kommunen und Landkreise abgelehnt wird!

Wir brauchen aber alle, deshalb sollten Gemeinden oder Energiegenossenschaften, die zu einem bestimmten Prozentsatz selbst an einem solchen Vorhaben beteiligt sind, von der Abgaberegung befreit werden.

Wir sagen es Ihnen ganz deutlich: Jede Investition von Kommunen oder Bürgerenergiegenossenschaften in Brandenburg in erneubare Energien ist uns lieber als Investoren von außen. - Bayern oder Hamburg -

Dritte Anmerkung:

Ihr GE lässt auch einige Fragen unbeantwortet: z.B.

- Soll der Solareuro auch gezahlt werden, wenn Investoren die 0,2 Cent nach dem EEG §6 zahlen?
- Wie wird eigentlich mit Agri-Pv umgegangen, die sind teurerer mit ihnen ist aber auch eine Mehrfachnutzung der Flächen möglich, was wir begrüßen und befördern sollten?
- Wie gehen wir mit Unternehmen um, die auf Pachtflächen der Kommunen und im Auftrag von Kommunen Solaranlagen errichten?
- Wie begründet sich eigentlich die Höhe von 2000 Euro?

Antworten dazu findet man im GE nicht!

Vierte Anmerkung

Wir wissen die Zeit drängt beim Ausbau von EEG – und ich habe die Frage der Bürgerbeteiligung hier in diesem Hause schon öfter angesprochen.

Was wir eigentlich vordergründig brauchen ist ein Bürgerbeteiligungsgesetz für den schnelleren Ausbau von EEG.

Selbst die Bayern arbeiten daran, obwohl sie nun nicht gerade zu den Vorreitern für den Ausbau von EEG zählen.

Sie wissen:

es gibt viele gute Vorschläge und Ideen, wie Bürger und Gemeinden besser beteiligt werden könnten, aber leider können sie sich dazu überhaupt nicht durchringen.